

Zeitungs Spiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Presseverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen, 23, Schließfach 689; Fernruf Essen 24344 und 24345 • Postcheckkonto Essen 3417
Herabsetzung Sonntag, 30. April 1933, Nr. 16.

I. Allgemeines.

=====

A) Soeben erschien eine Sammlung von Reden Franz von Papens "Appell an das deutsche Gewissen" Verlag G. Stalling, Oldenburg. (Die angezeigten Bücher liefert schnellstens der Lichtweg-Verlag, Essen). Bemerkenswert ist folgende Geschichtskonstruktion:

"Als wir am 30. Januar die Regierung der nationalen Konzentration bildeten, deren drei tragende Säulen der Nationalsozialismus, der den Gedanken der Wehrhaftigkeit verkörpernde Stahlhelm und die christlich-konservativen Kräfte sind, haben wir nicht etwa geglaubt, den Gedanken der nationalen Erhebung nur durch diese drei Gruppen in Erbpacht zu nehmen." (S. 17)

Im Vorwort werden die christlich-konservativen Kräfte - also die dritte tragende Säule der nationalen Konzentration - folgendermaßen umrissen:

"Wenn ich mich zur geistigen deutschen Revolution bekenne, so bekenne ich mich zum Geistesgut und zur Haltung jener Kreise, die seit Jahren, zum Beispiel im Verein katholischer Akademiker, in Maria Laach oder Grüssau, eine Pflegstätte fanden - jener Männer, die wie Moeller van den Bruck, Max Hildebert Böhm, Edgar J. Jung oder Leopold Ziegler (ohne damit präjudizieren zu wollen) seit langem um eine konservative Neugestaltung ringen. Ihrer und der Geistesverwandten unermüdlichen Vorarbeit und geistigen Unerbittlichkeit verdankt die konservative Idee wesentlich ihre neue Prägung."

Man wird gut tun, einmal die Verhandlungsprotokolle der Vereinigung katholischer Akademiker aus den letzten Jahren, namentlich auch ihr Auftreten auf den Katholikentagen genauer zu untersuchen!

+

B) Bemerkenswert war in den letzten Tagen die Ernennung von Heß zum Stellvertreter Hitlers in der Leitung der Partei. Heß stellt gegenüber Göring die gemäßigtere Linie dar. Nachdem der Stahlhelm in die NSDAP. eingeschmolzen ist, ist die ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet, wie Hugenberg in Zukunft seine Position behaupten wird. Bemerkenswert ist, daß die schwer-industrielle Bergwerkszeitung Hugenberg bereits fallen gelassen hat. Die NSDAP. soll die ganze Verantwortung auch für die Wirtschaft tragen. In den "Deutschen Führerbriefen" heißt es:

"Wir haben den Eindruck, daß diese Erkenntnis auch in Kreisen der Wirtschaft selbst, die eine Stärkung des deutschnationalen Einflusses wünschten, im Wachsen begriffen ist. Die Kreise spüren, daß sie Schutz nur noch beim Nationalsozialismus finden können. Für sie wird ein nationalsozialistischer Gauleiter, ja selbst der Führer einer Betriebszelle wichtiger als der zuständige Minister, an den sie sich daher schon gar nicht mehr wenden. So wird der Einfluß der deutschnationalen Minister in ihrem eigensten Bereich immer schwächer. Hugenberg hatte die Einheitlichkeit der Wirtschaftsführung gefordert. Das war richtig, solange die Wirtschaft ihren eigenen Gesetzen unterlag. Heute genügt diese Forderung nicht mehr."

In einer revolutionären Periode, in der die Massen nicht nur auf eine staatliche, sondern eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung hindrängen, muß die Einheitlichkeit der gesamten politischen Willensbildung und Verantwortung gesichert werden."

Je rascher sich alle nationalen Gruppen verschmelzen, "um so eher werden sich dann die natürlichen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der gesamten nationalen Front klären, werden die vernünftigen, ruhigen und besonnenen konservativen und fortschrittlichen Elemente, die heute noch nach Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Stahlhelm usw. getrennt sind, sich zusammenfinden, und um so größer ist die Aussicht, daß die Guten und Besten sich durchsetzen und radikale Tendenzen zurückgedrängt werden."

Hinzuweisen ist auf die Bedeutung, welche die Deutsche Allgemeine Zeitung (D.A.Z.) in den letzten Wochen dadurch erhalten hat, daß ihr Hauptschriftleiter F. Klein in seinem Montagsartikel eine besonders unabhängige Stimme sich gewahrt hat. Er beschäftigt sich in dem Montagsartikel mit der außenpolitischen Situation Deutschlands und seiner Isolierung, die, abgesehen von Italien, überall besteht. "Über wichtige außenpolitische Vorgänge bleiben wir im Dunkeln." "Befreundete Länder, mit denen wir eine starke aktive Handelsbilanz besaßen, bewilligen ihren Importeuren nur noch soviel Devisen für Käufe aus Deutschland, wie Deutschland selbst von Ihnen kauft... Jede starke deutsche Regierung hatte selbstverständlich mit diesen Hemmungen zu rechnen und wir sind überzeugt, daß sie zu überwinden sind. Jene Tatsache aber zu verschweigen, oder gar zu leugnen, das ist Verblendung, nicht Patriotismus. Der Reichskanzler hat in München noch einmal seinen Wunsch nach Frieden und Verständigung scharf unterstrichen. Die Hurrastimmung mancher bürgerlichen Zeitung paßt nicht nur in sein Konzept, sondern zerstört es."

II. Um die Altpreußische Union.

=====

"Kreuz-Zeitung" Nr. 119 vom 30.4.33.

Der Evangelische Bund betont in einer Erklärung die Freiheit der Kirche gegenüber dem Staate. Er setzt sich für eine evangelische Kirche deutscher Nation ein, wünscht aber die Erhaltung der Altpreußischen Union. Bei dieser Forderung ist u. E. zu beachten, daß es zwei Typen der Union gibt: eine Konsensus-Union", die die Bekenntnisse verwischt (Rheinland) und eine "konservierende" Union, die die Bekenntnisse voll und ganz aufrecht erhält. Da die "konservierende" Union in den ostdeutschen Landschaften herrscht, ist anzunehmen, daß der Evangelische Bund in überwiegend lutherischen Charakter der Union erhalten wissen will.

III. Mecklenburg.

=====

Kirchenreform in Mecklenburg.

"Tägliche Rundschau" Nr. 101 vom 30.4.33.

Landesbischof D. Rendtorff regiert.

Am Freitag traten der Mecklenburgische Oberkirchenrat und der Landessynodalausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Versammlung nahm eine EntschlieÙung an, in der sich die evangelisch-lutherische Kirche geschlossen hinter den Präsidenten des deutschen evangelischen Kirchenausschusses stellt. Der Landesbischof erklärte, eine großzügige Reform der Landeskirche durchführen zu wollen. Der Oberkirchenrat und der Synodalausschuß bevollmächtigten D. Rendtorff zu allen für die Kirche Mecklenburg-Schwerins erforderlichen Maßnahmen und bestellten ihn zum Bevollmächtigten der Kirche für die Verhandlungen mit dem Präsidenten des Kirchenausschusses.

IV. Schule.

=====

A) Volle Verstaatlichung der Schule?

"Tägliche Rundschau" Nr. 101 vom 30.4.33.

Professor Heerings Schulprogramm.

In Bochum sprach am Freitag der Reichsreferent für das berufliche und staatliche Bildungswesen der NSDAP, Professor Heering, Berlin, vor rheinischen und westfälischen Lehrern über das nationalsozialistische Schulprogramm. Nach seinen Ausführungen soll in Zukunft die gesamte deutsche Schule Staatsschule sein, die vom Staat allein errichtet, geleitet, verwaltet und beaufsichtigt wird. Für diese Schulen soll es keinen Ersatz, weder durch Privatschulen noch durch Schulen anderer Organisationen, noch durch Privatunterricht geben. Die Schule soll eine positiv christliche Gemeinschaftsschule sein, sich vor allem auf die Bildung des Charakters ausrichten und die Seele des jungen Menschen formen. Den Leibesübungen wird ein breiterer Raum als bisher gewährt; die Ausbildung der Lehrer wird gleichmäßig an den Hochschulen erfolgen.

In den Ausführungen Heerings ist vor allen Dingen interessant die Forderung der christlichen Gemeinschaftsschule, die Ausbildung der Lehrer auf den Hochschulen und die Betonung des Staates als alleiniger Träger des Erziehungswesens. Freilich geht nicht klar hervor, ob die Ausbildung der Lehrer an den Hochschulen selbst oder an besonderen Anstalten mit Hochschulcharakter erfolgen soll, d. h. in den umgestalteten pädagogischen Akademien. Das preußische Kultusministerium hat sich bereits für den letzteren Weg entschlossen. Daß der Staat ausschließlich das Erziehungswesen in die Hand nimmt, erscheint uns unvorstellbar zu sein. Die Gemeinden können nicht aus ihrer Verantwortlichkeit für die Erziehung entlassen werden, andererseits zeigen sich Regungen, die wir für sehr berechtigt und fruchtbar halten, einen großen Teil des Berufsschulwesens den neu zu bildenden Berufsverbänden zu übertragen. Wir werden auf die hier vorliegenden Aufgaben noch ausführlich zurückkommen.

B) Schließung der Privatschulen?

"Kreuz-Zeitung" Nr. 119 vom 30.4.33.

... "Wir stimmen mit Professor Heering darin überein, daß die Staats-
schule absolut herrschend sein muß, glauben aber nicht, daß schon
auf die gesunden Kräfte der nationalen und christlichen Privatschulen
verzichtet werden kann.

V. Wieder Militärgerichtsbarkeit.
=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 101 vom 30.4.33.

A) Dienststrafgewalt über SA.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung ein
Gesetz über die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit, die
voraussichtlich vom 1. Oktober ds. Js. ab wieder eingeführt wird,
und ferner ein Gesetz betreffend die Dienststrafgewalt über die
Mitglieder der SA. und SS. Danach unterliegen diese einer öffentlich-
rechtlichen Dienststrafgewalt nach Maßgabe der Vorschriften, die
der Reichskanzler als oberster Führer erläßt.

+

B) Beurteilung von politischer Seite.

"Wie man hört, hat der Führer in der Kabinettsitzung am 28. April
gegen die totale Gleichschaltung gekämpft; denn im Hintergrund steht
der Wille der Wehrmacht, die sich nicht durch die Außenpolitik im
Zustand ihrer jetzigen Schwäche in ein militärisches Martyrium hin-
eintreiben lassen will. Das Disziplinarrecht für die Wehrverbände
ist mehr als nur eine politische Kandarre.